

Ablehnung des Haushaltsplanentwurfes 2024

Festzustellen ist, dass die Verwaltung des Landkreises Lüneburg, mit dem Aufstellen dieses Haushaltsplanes, eine sehr gute Arbeit geleistet hat. Auch den Ablauf des Aufstellens des Haushaltsplanes (wie alles über Wochen und Monate zusammengetragen und aktualisiert wurde) fand ich gut, das war alles transparent.

ABER

Festzustellen ist leider auch, dass die Politik auf Bundes- u. Landesebene den Kommunen immer mehr Aufgaben aufbürdet, ohne die Kommunen entsprechend mit Geldern auszustatten. Ich denke dabei z.B. an Kitaplätze und auch an Migrantenunterkünfte.

Und bemerkenswert ist zudem, dass sich diesbezüglich im Grunde eigentlich alle Kommunalpolitiker, sei es im Kreistag Lüneburg oder anderswo, ziemlich einig sind.

Mich jedoch stört, dass es häufig heißt, das hat Hannover oder Berlin so beschlossen, das hätten also „die da oben“ so vorgegeben.

Die Bundesregierung in Berlin und die Landesregierungen, auch in Hannover, werden jedoch von genau den Parteien gebildet, denen die meisten im Kreistag Lüneburg auch angehören.

Und daher sehe ich einen Widerspruch darin, wenn es heißt, das hat Hannover, oder eben Berlin, so beschlossen.

Denn es sind die jeweiligen Regierungsparteien, im Bundestag und den Landtagen, die alle Beschlüsse auf Bundes- u. Landesebene häufig zu Lasten der Kommunen getroffen haben. Es sind also die Parteien Grüne, CDU, SPD, die Linke (z.B. in Thüringen) und FDP, die es den Kommunen praktisch unmöglich machen, einen Haushalt ohne immer größer werdende Neuverschuldung aufzustellen.

Vor allem deshalb, um das deutlich zu machen, stimmte die Basis, also ich für meine Partei, gestern gegen den Haushaltsplanentwurf des Landkreises Lüneburg.

KTA Dietrich Bilgenroth
(Vorsitzender i. d. Doppelspitze KV LüDaLü)